

A N T R A G

der FDP-Landtagsfraktion

betr.: Bessere Ausstattung der Polizei statt neuer Gesetze als Schlüssel zu mehr öffentlicher Sicherheit im Saarland

Der Landtag wolle beschließen:

Mit dem Gesetz zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus durch das Bundeskriminalamt (BKAG) hat der Deutsche Bundestag am 12. November 2008 ein Gesetz verabschiedet, das für die Sicherheitsarchitektur und für den Schutz der Bürgerrechte erhebliche Verschlechterungen mit sich bringt. Diesen Verschlechterungen steht aber kein deutlicher Sicherheitsgewinn gegenüber.

Die Sicherheitsarchitektur wird in beträchtlichem Maße umgestaltet und das Bundeskriminalamt (BKA) zu einem deutschen FBI ausgebaut. Das BKA kann danach mit weitreichenden und eingriffsintensiven heimlichen Ermittlungsmethoden und zunehmend im Vorfeld konkreter Gefahren unter Missachtung der föderalen Sicherheitsarchitektur tätig werden.

Bei der Erweiterung der gesetzlichen Befugnisse wird gerade der Kernbereich privater Lebensgestaltung, wie er vom Bundesverfassungsgericht immer wieder als hohes Schutzgut anerkannt wurde, in unzulässiger Weise eingeschränkt. Auch der Schutz von Berufsheimnisträgern wie Rechtsanwälten und Journalisten wird aufgeweicht.

Gerade Großereignisse wie die Fußball-WM in Deutschland im Jahr 2006 oder der vereitelte Terroranschlag im Jahr 2007 haben aber gezeigt, dass ein koordiniertes und zielorientiertes Zusammenarbeiten mehrerer Länderpolizeien mit Bundesbehörden erfolgreich ist und deshalb weder die föderale Sicherheitsarchitektur noch die bestehenden gesetzlichen Befugnisse grundlegend überarbeitet werden müssen.

Vielmehr liegt der Schlüssel zu einer Erhöhung der inneren Sicherheit in einer weiter verbesserten Ausstattung der Sicherheitsbehörden im Saarland und in einem besseren Ausschöpfen dieser Ressourcen. Die angekündigte Steigerung der Neueinstellungen bei der saarländischen Polizei ist ein wichtiger Schritt zu einer verbesserten personellen Ausstattung, wird aber angesichts der im Jahr 2012 einsetzenden Pensionierungswelle auf Dauer nicht ausreichen. Vielmehr bedarf es in den kommenden Jahren einer weiteren Erhöhung auf jährlich deutlich über 100 Neueinstellungen.

Um die bestehenden Ressourcen noch besser ausschöpfen zu können, müssen für Polizeibeamte insbesondere frühere Spezialisierungsmöglichkeiten geschaffen werden, damit sie besser ihren persönlichen Fähigkeiten entsprechend eingesetzt werden können. Auch eine weitere Entlastung von polizeifremden Tätigkeiten würde dafür sorgen, dass Polizeivollzugsbeamte ihrer Ausbildung entsprechend optimal eingesetzt werden. Bestehende Mehrfachzuständigkeiten, wie etwa im Rauschgiftbereich, binden unnötig Ressourcen und müssen beseitigt werden.

Der Landtag des Saarlandes

- lehnt deshalb das BKAG in der vom Deutschen Bundestag am 12. November 2008 verabschiedeten Fassung ab
- und fordert die Landesregierung dazu auf, dem Gesetz im Bundesrat die Zustimmung zu verweigern.

Stattdessen ist der Landtag des Saarlandes der Überzeugung, dass

- die Hauptverantwortung für eine Verbesserung der öffentlichen Sicherheit im Saarland bei der Landespolitik liegt;
- zusätzliche Befugnisse der Sicherheitsbehörden, wie etwa die automatische Kfz-Kennzeichenerfassung oder eine flächendeckende Videoüberwachung, den Bürgerinnen und Bürgern im Saarland mehr Sicherheit nur vortäuschen;
- eine tatsächliche Erhöhung der öffentlichen Sicherheit im Saarland vor allem durch eine weiter verbesserte personelle und sächliche Ausstattung der Sicherheitsbehörden und durch eine bessere Ausnutzung der Ressourcen erreicht wird, da die Behörden ihre Kompetenzen dann besser ausschöpfen können und Vollzugsdefizite beseitigt werden.

Deshalb fordert der Landtag des Saarlandes

- eine bessere personelle Ausstattung der Sicherheitsbehörden, insbesondere durch jährlich und auf Dauer deutlich über 100 Neueinstellungen;
- eine bessere sächliche Ausstattung der Polizei;
- Maßnahmen für eine bessere Ausnutzung der Ressourcen. Dazu gehören unter anderem eine weitere Entlastung der Polizeivollzugsbeamten von polizeifremden Tätigkeiten, frühere Spezialisierungsmöglichkeiten für den Nachwuchs sowie die Beseitigung von Mehrfachzuständigkeiten in der Kriminalitätsbekämpfung.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.